
Die radikale Wende lässt auf sich warten

HEHRE ZIELE_ **Ob Millenniumsziele oder Rettung des Weltklimas: Mit viel Brimborium setzt die Politik soziale und ökologische Leitplanken. Doch bei der Umsetzung hapert es. Wir verbrennen nach wie vor zu viel Öl, und das Hungerproblem ist so akut wie vor zwanzig Jahren.**

//_Alle reden vom Energiesparen, doch noch nie wurde so viel Erdöl verbraucht wie heute: 88 Millionen Fass à 159 Liter wurden 2011 Tag für Tag rund um den Globus für Verkehr, Heizung und Industrie verbrannt. Die tägliche Verfeuerung der Ladung von 44 Supertankern heizt den Klimawandel an, ganz abgesehen von ökologischen und sozialen Folgeproblemen, die der Ölkonsum mit sich bringt. «Dass so wenig gegen das grenzenlose Verbrauchswachstum unternommen wird, hat mit der Sozialisierung von uns allen zu tun», meint Daniele Ganser vom neu gegründeten Institut für Friedens- und Energieforschung (SIPER) in Basel: «Wir selbst und unser Umfeld wuchsen in einer Welt auf, in der Erdöl selbstverständlich war. Ein jährliches Verbrauchswachstum von zwei bis drei Prozent wurde als gottgegeben akzeptiert.»

In den letzten vierzig Jahren haben sich allerdings die Rahmenbedingungen geändert: Die Weltbevölkerung und damit die Nachfrage nach fossiler Energie ist rasant gewachsen, die letzte Bevölkerungsmilliarde kam innert zwölf Jahren hinzu. Dies spiegelt sich im Preisanstieg: War ein Fass Öl in den Sechzigerjahren noch für zwei Dollar zu haben, kostet es heute über hundert Dollar – und der Preis dürfte weiter steigen: «Das globale Fördermaximum, der sogenannte Peak Oil, ist in Grossbritannien, Norwegen, den USA oder in Indonesien bereits überschritten», so Ganser. Umso dringender seien Effizienzstrategien und das Forcieren von erneuerbaren Energien.

Energieverbrauch dritteln

Ein sanfter Weg, um im Konsens zum Ziel zu kommen, wird mit der Konferenz «Rio+20» versucht. Sie wird im Juni stattfinden. «Solche Events sind wichtig für die Vernetzung von Experten und interessierten Menschen», urteilt Ganser. Doch die Ergebnisse seien häufig zahnlos. Und wenn ein Staat doch einmal unter Druck komme, wie aktuell Kanada mit der Intensivierung der Ölsandförderung, steige er lieber aus dem Vertrag aus, statt Bussen zu bezahlen oder seine Klimapolitik zu ändern.

Vermutlich wird es die Menschheit auf die harte Tour lernen müssen, glaubt Ganser: «Irak war aus meiner Sicht ein Peak-Oil-Krieg.» Erst solche Konflikte um Ressourcen und ein weiter steigender Erdölpreis leiteten einen weltweiten Bewusstseinswandel ein. Dabei wären die Technologien längst vorhanden, um mit einem Drittel des heu-

tigen Energieverbrauchs auszukommen. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um die Erwärmung der Erdatmosphäre auf zwei Grad zu limitieren – ein international akzeptiertes Ziel. Doch die bisher weltweit ergriffenen Massnahmen, die bis 2020 greifen, entsprechen nur 10 bis 50 Prozent der dafür nötigen Emissionsreduktionen. Zur Umsetzung der Energiewende, so rechnet der Basler Historiker und Friedensforscher Ganser vor, würde es genügen, die jährlichen Ausgaben des Pentagons von 700 Milliarden Dollar in die globale Energiewende zu investieren. Vorläufig aber befindet sich insbesondere Europa noch «im Erdölrausch», so der Titel von Gansers Buch, das im Herbst erscheinen wird.

In der Schweiz sind es vor allem die Städte, die sich an die Umsetzung von Nachhaltigkeitszeilen machen. Basel-Stadt verabschiedete 2008 einen Kredit in der Höhe von 33,5 Millionen Franken, um die Verwaltung mittelfristig klimaneutral zu machen. Bis in zwanzig Jahren sollen die CO₂-Emissionen um 20 Prozent reduziert, der Rest kompensiert werden. Der Weg dazu ist allerdings steinig. Das zeigte sich anlässlich eines Audits zum «European Energy Award Gold» im Bereich kommunale Gebäude und Anlagen. Hier schnitt Basel besonders schlecht ab.

Die Stadtzürcher Stimmbevölkerung hat sich ihrerseits 2008 in einer Volksabstimmung mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 76 Prozent zur 2000-Watt-Gesellschaft bekannt. Bis 2050 soll der Energieverbrauch im Vergleich zu heute auf einen Drittel gesenkt werden. Vor allem im Gebäudebereich muss massiv saniert werden, sonst bleibt das ehrgeizige Ziel unerreichbar. «Allerdings braucht es noch mehr Anstrengungen. Es liesse sich im Bereich Fernreisen und Ernährung noch einiges erreichen», meint Claudia Nielsen, Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements und frühere ABS-Verwaltungsratspräsidentin. Die Stadtverwaltung sei aber dran: So konnte man in einem Pilotversuch in städtischen Personalrestaurants mit einem klimaoptimierten Menü mehr als die Hälfte des verursachten CO₂ einsparen. Dass die Finanzstadt Zürich einen Imageschaden riskiere, wenn das Recht auf ein eigenes Auto oder auf immer grössere Wohnungen infrage gestellt werde, glaubt Nielsen nicht: «Im Gegenteil, wir nehmen eine Vorreiterrolle ein. Klimaschutz ist modern.» Bis auf ein paar Ausnahmen hätten alle eingesehen, dass es Massnahmen zum Schutz unserer Nach-



Rauchende Schloten – die Klimaziele sind in weiter Ferne.

kommen brauche. «Klimaschutz nicht zu verfolgen, können wir uns schlicht nicht leisten», sagt Nielsen. Dies hätten im Übrigen auch grosse Unternehmen registriert – und investierten in Energieeffizienzmassnahmen.

Unbesiegbarer Hunger

Lösungen lassen nicht nur beim Klimawandel auf sich warten. Auch die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich hält sich hartnäckig. Einige der Millenniumsziele der Uno, die bis 2015 die Armut massiv reduzieren und den Zugang zu Bildung, Gesundheit und Nahrung verbessern wollen, sind zwar in Reichweite. So dürfte der Anteil jener Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar auskommen müssen, vermutlich fristgerecht bis 2015 im Vergleich zu 1990 halbiert werden. «Insbesondere China und anderen asiatischen Ländern ist es zu verdanken, dass die Zahl der in bitterster Armut Lebenden stark gesunken ist», so Pepo Hofstetter, Sprecher von Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke. Punkto Einschulung der Kinder habe man in den letzten zwei Jahrzehnten ebenfalls beachtliche Fortschritte gemacht, und deutlich verbessert hat sich auch der Zugang zu sauberem Wasser.

Bei den Ernährungszielen aber kommt die Weltgemeinschaft nicht voran. Man wollte die Zahl der Hungernden halbieren, stattdessen meldete die FAO, die Uno-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, für 2011 über eine Milliarde Hungernde. Drei Millionen Kinder sterben jedes Jahr vor ihrem fünften Geburtstag an Unterernährung. In Indien, Zentralasien und in einigen Ländern Afrikas südlich der Sahara ist die Situation desolat. Länder mit schwachen staatlichen Strukturen und internen Konflikten wie Somalia oder die Demokratische Republik Kongo sind von Hunger besonders bedroht.

Alliance Sud sieht drei Gründe, die zur Verschärfung des Hungerdramas geführt haben. Den massiven Preisanstieg bei vielen Grundnahrungsmitteln, der auf Börsen-

spekulationen, höhere Energiepreise und Missernten zurückzuführen ist. Zweitens die Tatsache, dass immer mehr Böden statt für Nahrungsmittel für den Anbau von Agrotreibstoffen und Tierfutter genutzt werden. Und drittens setzten grosse Institutionen wie die Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC) weiterhin auf eine mechanisierte Industrielandwirtschaft, statt die Kleinbauern zu unterstützen. Dies, obwohl Fachleute immer wieder darauf hinwiesen, dass es die kleinen Bauern und Bäuerinnen sind, welche die Welt ernähren.

Hilfe durch Handel?

Die Millenniumsziele sind eine globale Wunschliste, und sie hätten durchaus Wirkung, ist Pepo Hofstetter überzeugt. Vor allem, wenn sie von den Entwicklungsländern selbst übernommen werden und wenn dort soziale Massnahmen greifen – etwa ein Rentensystem gesetzlich verankert wird. Auch die Entwicklungshilfe des Nordens habe sich dank der Millenniumsziele stärker auf soziale Bereiche konzentriert.

Rückschläge sind dennoch programmiert. Der Klimawandel, für den die reichen Länder verantwortlich sind, zieht die Anbauflächen in vielen Entwicklungsländern in Mitleidenschaft. Und die globale Finanzkrise – an denen die Länder des Südens keinerlei Schuld tragen – torpediert die zaghafte Fortschritte. Sie gefährdet auch die Entwicklungshilfe, und Geberländer berücksichtigen wieder stärker die Eigeninteressen. Nicht die Ärmsten der Armen stehen im Fokus der Unterstützung, sondern Länder, denen man Technologien und Waren verkaufen kann. Wenn beispielsweise die EU mit massiven Exportsubventionen weiterhin dafür sorgt, dass Geflügelfleisch nach Afrika verschifft wird, und dort die lokalen Mäster in den Ruin treibt, karikiert dies seriöse Entwicklungshilfe. _//